

**Limpertsberg im Wandel**

Das "Lampertsbierger Syndicat" macht sich Sorgen um die Lebensqualität in einem Stadtviertel, das sich von einem reinen Schlafquartier zu einem Büro- und Schulzentrum entwickelt hat. Auf der jährlichen Hauptversammlung am vergangenen Dienstag wurde deshalb heftig über die von den Gemeindeautoritäten in Gang gebrachten Vorhaben diskutiert. So soll der "Tramsschapp" in ein Kulturzentrum verwandelt werden - ein Anziehungspol über die Grenzen des Viertels hinaus. Die Bewohnerinnen fürchten nun erhöhtes Verkehrsaufkommen und Nachtlärm. Bedauert wurde auch der Abriss des "Niklooseck" und die damit verbundene Umwandlung Limpertsbergs in ein Dienstleistungsviertel. Erstaunlich, dass das schwarz-blau dominierte Viertel erst jetzt entdeckt, was andere mit ihm vorhaben. Es sind teilweise die gleichen Leute, die mit viel Einsatz gegen die BTB-Trasse Sturm liefen, die sich jetzt über ausufernde Schülerbus-Konvois ärgern. Organisationen wie "Stoppt de Bagger" hatten schon vor mehr als zehn Jahren Denkmalschutz für das "Niklooseck" und die daran angrenzende - und jetzt plattgemachte - Straßenzeile beantragt. Unterstützung aus den Reihen der lokalen Politgrößen erfuhren sie nicht. Anstatt das ungehemmte Spekulieren mit Bauland - an dem auch eingesessene Familien mitverdienen - einzudämmen, wird nun das Kulturzentrum als Fremdkörper ausgemacht und bekämpft.

**Greenpeace: Stoppt den Klimakiller ESSO**

Greenpeace Luxemburg demonstrierte am vergangenen Mittwoch anlässlich der Ankunft des Giro d'Italia in Esch/Alzette gegen die klimafeindliche Politik des weltweit größten Ölkonzerns ExxonMobil. Ein zehnköpfiges "StopEsso"-Team der Umweltorganisation radelte vor der Ankunft des Fahrerfeldes wiederholt entlang der Wettkampfstrecke und verteilte Flugblätter an die ZuschauerInnen. Die Aktion, heißt es in einer Pressemitteilung, sei nicht nur Auftakt einer StopEsso-Kampagne in Luxemburg, sondern zudem Teil einer weltweiten Aktionswoche gegen den Großkonzern.

Die UmweltschützerInnen werfen ExxonMobil, in Europa besser bekannt unter dem Namen Esso, vor, mehr noch als andere Firmen das Kyoto-Protokoll zu unterlaufen. Martina Holbach von Greenpeace Luxemburg sagte dazu: "Seit mehr als einem Jahrzehnt bestreitet Exxon trotz eindeutiger wissenschaftlicher Beweise, dass die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Öl eine Ursache des Klimawandels ist und sabotiert weltweite Maßnahmen zum Klimaschutz. Die 'Klimaschutzpolitik' von US-Präsident Bush trägt in weiten Zügen die Handschrift von Exxon." Exxon soll mehr als eine Million US-Dollar für den Wahlkampf des Kyotogegners gespendet haben und sich - im Gegensatz zu anderen Ölkonzernen - nach wie vor weigern, in erneuerbare Energien zu investieren.

**La double nationalité en marche?**

"Le gouvernement plaide pour la double nationalité." Lors de son discours sur l'état de la nation, Jean-Claude Juncker a réaffirmé au nom de ses collègues ce qu'il n'avait jusque-là avancé qu'en son nom personnel. Et de continuer: "Nous ne bradons pas notre nationalité, nous l'ouvrons à des personnes qui (...) souhaitent devenir ici ce que nous souhaitons rester, sans pour autant devoir abandonner ce qu'ils étaient avant de venir." Il a expliqué que la double nationalité n'a pas pu être intégrée à la réforme récente de la loi sur la nationalité: les problèmes juridiques afférents appelleraient une clarification approfondie.

L'ASTI se félicite dans un communiqué que le gouvernement ait récupéré (sic) ce qu'elle revendique depuis 20 ans, en particulier la double nationalité. "Peu importe que ceux qui la prônent aujourd'hui l'ont reniée il y a un an", écrit-elle. Mais l'association conteste la nécessité d'un effort important de réflexion: ce serait faire abstraction des travaux en profondeur du Conseil de l'Europe sur les questions de nationalité, par exemple le problème du service militaire. Il faut toutefois noter que Jean-Claude Juncker avait également évoqué la nécessité d'un débat public, que personne ne pourra mener à notre place.

**KOMMUNISTISCHE PARTEI**

# Zusammenarbeit ja, Auflösung nein

**Anlässlich der Vorstellung ihres Grundsatztextes pochte die KP auf ihre Eigenständigkeit innerhalb von "déi Lénk". Nicht minder entschlossen zeigte sie sich, weiter in dem Bündnis mitzuwirken.**

(RK) - "Kapitalismus heute", ist der erste Teil des neuen KP-Grundsatztextes überschrieben. Am vergangenen Montag auf einer Pressekonferenz vorgestellt, soll er den Text von 1990 ersetzen. Dieser hatte sich, als Reaktion auf den Mauerfall, auf den selbstkritischen Umgang mit der eigenen Vergangenheit und der parteiinternen Demokratie konzentriert. "Die Analysen sind gemacht, die Demokratie ist in den Statuten umgesetzt worden", so Parteipräsident Ali Ruckert. Nun sei die Analyse und Kritik des Kapitalismus wieder in den Vordergrund gerückt.

Es reiche nicht, sich in breiten Bündnissen gegen Sozialabbau und Kriegstreiberei zu wehren, man müsse auch gesellschaftliche Alternativen entwickeln, um das kapitalistische System zu überwinden. In Teil 3 des Grundsatztextes, "Perspektiven der gesellschaftlichen Umgestaltung", ist die Rede von "Sozialismus als die erste Stufe zum Kommunismus", Produktionsmittel sollen "in gesellschaftliches Eigentum überführt" werden - diese Vorstellungen vertrat die KP bereits vor 1989. Neu ist die Betonung der Rolle der "bürgerlichen Rechte" und die Sorge um "eine Reproduktion von Machtverhältnissen, welche die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen" -



gedacht wurde dabei wohl an die Übergriffe und die Ineffizienz des sowjetischen Systems.

**Eigenständigkeit**

Befragt nach der Rolle der KP innerhalb der - mittlerweile wie eine Partei auftretenden - Bewegung "déi Lénk", betonte Ali Ruckert, die Gründung dieser Bewegung sei keine Fusion gewesen. Die KP wolle ihre eigenen Strukturen aufrechterhalten und bedaure, dass andere Mitbegründer wie "Nei Lénk" und Trotzisten dies nicht täten. "Es gibt Unstimmigkeiten", räumte er ein, "aber wir wollen niemanden ausstechen." Im Gegenteil: es habe Fälle von Ausgrenzung gegenüber von Kommunisten gegeben.

Auf die Frage, warum die KP an ihren Strukturen festhalte und worin ihre Eigenständigkeit bestehe, antwortete Aloyse Bisdorff, der derzeit "déi Lénk" in der Chamber vertritt: "Differenzen gibt es kaum bei der Analyse des kapitalistischen Systems oder in nationalen Fragen. Manchmal sind es einfach persönliche Meinungsverschiedenheiten, wie in der Haltung gegenüber China." Das sei kein Fehler, schließlich habe man lange unter einem Übermaß an Einstimmigkeit gelitten.

**EU UND MIGRATION**

# Neue Sicherheit für die EU

**Ein spezielles Grenzcorps soll die EU-Außengrenzen bewachen. Der neueste Vorschlag der Kommission und des Rates findet Anklang - außer bei den skandinavischen Ländern.**

(dw) - "Zuwanderungsströme müssen in ein Gleichgewicht gebracht werden." Der Vertreter der spanischen EU-Ratspräsidentschaft, Spaniens Innenminister Mariano Rajoy Brey, erklärte den Europaabgeordneten am Dienstag in Straßburg, wie seiner Meinung nach dieses "Gleichgewicht" hergestellt werden kann: Legale Zuwanderer müssten gerecht behandelt werden, den illegalen unter ihnen müsse hingegen der Kampf angesagt werden. Ihm wären in letzter Zeit Bemerkungen zu Ohren gekommen, denen nach die spanische Präsidentschaft sich zu sehr auf Letzteres konzentriert hätte. Rajoy Brey bemühte sich deshalb, die neuesten Maßnahmen zur Eingliederung von ImmigrantInnen aufzuzählen. Dennoch ging es in der Erklärung, die er im Namen des Rates über die "Fortschritte und Perspektiven in der Einwanderungs- und Asylpolitik" vor dem Europaparlament abgab, vorrangig um den Kampf gegen vermeintliche "illegale Einwanderer".



Noch im Juni, kündigte der spanische Innenminister an, werde man eine Visa-Datenbank

schaffen, mit der verhindert werden soll, dass visumpflichtige Europareisende in mehreren EU-Staaten einen Antrag stellen. Rajoy Brey erwähnte auch ein weiteres Novum in der europäischen Grenzpolitik, mit dem die spanische Präsidentschaft in die EU-Geschichte eingehen könnte: die Einführung einer gemeinsamen europäischen Grenzpolizei. Die Kommission hatte bereits am Mittwoch vergangener Woche ein Papier über ein "integriertes Management von EU-Außengrenzen" vorgelegt, in dem die Schaffung eines Europäischen Corps von Grenzschützern vorgeschlagen wird. "Die europäischen Außengrenzen werden immer noch, zu Recht oder zu Unrecht, als das schwache Glied in der Kette gesehen, durch das die innere Sicherheit der Mitgliedstaaten gefährdet wird", so EU-Kommissar Antonio Vitorino in einer Presseerklärung der Kommission. Die Last des Grenzschutzes müsse auf alle EU-Länder verteilt werden, so Kommissionspräsident Romano Prodi. Und: "Einige Mitgliedstaaten fühlen ihre Sicherheit besser garantiert, wenn sie direkt an der Grenzsicherung beteiligt sind." Bis zum 30. Mai will nun die italienische Regierung eine Studie vorlegen, welche die Machbarkeit dieses Projektes analysiert.

**Eurocorps schützt die Hintertür**

Rückendeckung für das neue Eurocorps gab es am Dienstag von einigen Europaparlamenta-

Das Bündnis "déi Lénk" stehe nicht auf der Basis des Marxismus, erläuterte Ali Ruckert, und habe nicht immer klare Positionen. Aufgrund der Leninschen Imperialismus-Analyse habe die KP sich zum Beispiel sehr schnell und deutlich gegen den Kosovo-Krieg aussprechen können. "Man soll nicht dramatisieren", fügte er hinzu, "trotz aller Probleme ist die Mitarbeit in 'déi Lénk' notwendig. Man muss Erfahrungen sammeln im Umgang miteinander - und sich daran gewöhnen, nicht immer Recht zu bekommen."

**Meinungsvielfalt**

Nicht umsonst gleicht der erste Teil des Grundsatztextes einem von KP-Mitgliedern auf dem letzten "déi Lénk"-Kongress eingebrachten Änderungsantrag. Der Antrag war damals abgelehnt worden, die KPLerInnen hatten Unrecht bekommen. Die im Antrag enthaltenen Ideen liegen nun trotzdem vor - dank dem Fortbestand der KP-Strukturen.

Mit der gleichen Entschlossenheit, mit der die KP-Vertreter auf ihrer Sonderrolle in "déi Lénk" beharrten, sprachen sie sich für einen Verbleib in der Bewegung aus - solange sie ihren gesellschaftsverändernden Ansatz bewahre. "Der nächste Wahlkampf wird als 'déi Lénk' geführt", so Aloyse Bisdorff. Noch vor den Sommerferien werde er, entsprechend dem Rotationsprinzip, sein Mandat abtreten. Das kann als Loyalitätsbeweis gelten: Sein Nachfolger, Serge Urbany, war vor Jahren aus der KP ausgeschlossen worden.

Weniger positiv reagierten hingegen die Ministerpräsidenten der skandinavischen Länder: Nach einem Treffen vergangene Woche im norwegischen Molde, kündigten sie einstimmig an, einer gemeinsamen Schengen-Polizei nicht zuzustimmen. In Norwegen, das zwar kein Mitglied der EU, wohl aber der Schengengruppe ist, wurden die Kommissionspläne mit Sorge aufgenommen. "Eine fremde Polizeigewalt kann die Grenzen in Norwegen nicht bewachen", so ein Sprecher des Außenministeriums, "dies verstößt gegen die norwegische Verfassung." Kommissar Vitorino ist dennoch zuversichtlich: "Auch wenn es sich hier um extrem delicate Fragen handelt, die die nationale Souveränität betreffen, bin ich optimistisch, weil ich davon ausgehe, dass alle Mitgliedstaaten eine europäische Lösung für diese transnationalen Probleme befürworten."

Es sei in großen Teilen der Unfähigkeit der sozialdemokratischen Regierungen Europas zu verdanken, dass dieser Engpass in der Immigrationspolitik nun bestünde, so der Liberale Graham Watson in der Straßburger Debatte. Der britische Europaabgeordnete wartete mit der liberalen Rangheftung auf, die Vordertür ein klein bisschen zu öffnen, indem legale Zuwanderung ermöglicht wird, um dann die Hintertür für illegale Immigranten besser schließen zu können.